



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Lage in Frankreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Sage in Frankreich.



Die französische Presse hat in der letzten Zeit mit einer gewissen Genugthuung verkündigt, daß der Ausgang der ägyptischen Verwicklung eine Niederlage für den Fürsten Bismarck bedeute, da dieser hinter der Zauberpolitik des Sultans gestanden habe. Diese Behauptung ist grundlos; denn der deutsche Reichskanzler steht der Pforte mit seiner Politik zwar wohlwollend gegenüber, hält sich aber nicht für berufen, die Rolle eines Beraters derselben zu spielen, der ihr sagt, was ihr fromme oder nicht. Der Padischa und seine Minister müssen selbst wissen, was ihr Interesse erheischt oder verbietet.

Viel besser begründet würde es sein, wenn man sagen wollte, der Triumph der Engländer am Nil und der Zustand, welcher sich wahrscheinlich daraus entwickeln wird, werde sich zu einer Schädigung der Interessen Frankreichs und zu einer Verminderung seines Einflusses gestalten. Zwar ist nicht in Abrede zu stellen, daß der rasche Sieg Wolseleys über die Ägypter in gewissem Maße auch den Franzosen zu Gute kommt; denn der Schrecken und das Gefühl der Ohnmacht, die dadurch dem Volke im Lande der Pyramiden eingeflößt worden sind, werden sich selbstverständlich über die ganze muhammedanische Welt, also auch über diejenigen Teile derselben, welche im Besitze Frankreichs sind, verbreiten, und andererseits wird die neue Ordnung der Dinge, welche in Ägypten beabsichtigt ist, sei sie welche sie wolle, zweifelsohne auch die Ansprüche der französischen Gläubiger des ägyptischen Staatschatzes, soweit sie der Billigkeit entsprechen, sicherer stellen, als sie in den letzten Jahren waren. Aber das ist nicht die Hauptsache. Wenn Gambettas Organe behaupten, die Expedition Englands und deren Erfolg habe an dem Condominium Frankreichs und Großbritanniens nichts geändert, so sagen sie damit nur etwas halbwahres und werden vermutlich bald

gewahr werden, daß sie sich getäuscht haben. Für den Augenblick besteht der status quo ante bellum mit seiner englisch-französischen Kontrolle, seiner Liquidationskommission, seinen internationalen Gerichtshöfen und seinen Kapitulationen allerdings rechtlich fort. Die englische Regierung mag mit dem Sultan und dem Chedive einen Vertrag abschließen, der das bisherige Regime durch ein anderes ersetzt, welches dem englischen Interesse besser als jenes entspricht, und unter welchem die Ägypter Gelegenheit haben, freier als unter jenem für ihre Wohlfahrt zu sorgen. Aber das alte Abkommen zwischen England und Frankreich wird dadurch nicht ohne weiteres aufgehoben sein. Dasselbe lebte mit der Autorität des Chedive sofort wieder auf, und diplomatisch liegen die Dinge in Ägypten heute wie vor der Revolution Arabis und der Nationalpartei. Der Satz *heati possidentes* ist richtig und leidet auch auf die Engländer im Millande Anwendung, aber vorläufig nur im militärischen Sinne. Diplomatisch sind dort die Besitzenden alle Mächte, deren Stellung in Ägypten auf Verträgen beruht, die nicht ausdrücklich für ungültig erklärt worden sind. Die Bedingung, unter welcher die Mächte sich mit der britischen Expedition zufriedengaben, war, daß der territoriale und politische status quo, wie er vertragsmäßig geordnet worden, unverändert bleibe oder nur durch Beschluß Europas umgestaltet werde. Jede neue Abmachung, welche europäische Traktate alterierte oder allgemeine Interessen beträfe, würde — so hieß es im Rundschreiben Salisburys — ungültig sein, falls sie nicht zum Gegenstand einer förmlichen Übereinkunft zwischen den Mächten gemacht würde.

Dennoch behält das *heati possidentes* in unserm Falle seine große Bedeutung, der von den Mächten Rechnung getragen werden wird, und zwar schwerlich zu Gunsten Frankreichs, d. h. wie Gambetta dessen Interesse auffaßt. Nicht uneben, nur etwas zu hitzig äußert sich darüber die konservative Wochenschrift „England.“ „Diese schwankende Republik, bemerkt das Blatt, die uns soeben dreitausend Franzosen zu gemeinsamer Bewachung des Suezkanals verweigert hat, will jetzt gemeinsam mit uns Ägypten kontrollieren. Die alte zweiköpfige Oberaufsicht soll wiederhergestellt werden, nachdem England Geld und Blut eingesetzt hat. Die französischen Konsuln, die seit Jahren gegen uns intrigierten, die mit jedermann waren, der gegen uns war, mit Arabi, mit dem Böbel, mit der Pforte, sollen von neuem Spielraum erhalten zum Dank für unsere Anstrengungen. Der fanatische Lesseps soll wieder an die Spitze des Kanals, um England zu schmähen, das sechs Siebentel des Verkehrs auf demselben liefert. Die de Rings und der ganze Haufen schäbiger Bucherer und Projektentmacher sollen wieder an die Krippe gebracht werden, abermals das arme ägyptische Volk plündern und wiederum die Interessen Frankreichs im Stile Roustans betreiben. Gambettas Drohung mit der Nichtanerkennung der von England einzuführenden Reformen kann nur die Antwort herausfordern, daß England festhalten wird, wofür es gekämpft hat, und daß es imstande ist,

es zu verteidigen. . . Das englische Volk will, daß dieser Krieg seine Kontrolle über den Weg nach Indien und über das wichtige Nilthal feststelle, und zwar um jeden Preis. Das kann geschehen durch Verständigung mit dem Sultan und Annäherung an die deutschen Mächte.“

Hierin liegt Wahrheit. England hat gehandelt, Frankreich unthätig zwischen Widersprüchen hin- und hergeschwankt, gewollt und nicht gekonnt und zuletzt den Standpunkt des verdrießlichen, mißtrauischen Zuschauers eingenommen. Es wollte nicht mit der Pforte und nicht mit England gehen. Es ließ dieses die Arbeit thun und möchte jetzt den Lohn dafür teilen. Es blieb müßig aus Rücksichten auf den Nachbar im Osten, Rücksichten, die ein grundloses Mißtrauen einflößte. Seine ganze Politik, die äußere und nicht minder die innere, wird von Mißtrauen eingegeben. Man hegt weder zu Gambetta, der handeln, noch zu Freycinet, der abwarten wollte, Vertrauen. Wollte man sich nicht an Englands Seite stellen, so mußte man sich ohne Vorbehalt dem „europäischen Konzert“ anschließen. Keiner von diesen beiden Wegen wurde betreten. Aber was man freiwillig nicht thun wollte, wird man schließlich thun müssen, d. h. man wird bei der Wahl zwischen der Alternative: Lösung der ägyptischen Frage gegen Europa oder Regelung derselben mit Europa der letztern den Vorzug geben. Dabei wird man aber von seinen Ansprüchen auf Einfluß in Ägypten so viel aufgeben müssen, als Englands Opfer und Siege in der Sache wiegen. Das mag bitter sein, läßt sich aber nicht umgehen. Die östlichen Mächte werden keinesfalls den Verlus empfunden, den Franzosen zu helfen, wenn sie versuchen sollten, die Stellung in Ägypten wiederzugewinnen, auf die sie durch Nichtbeteiligung am Kriege thatsächlich verzichtet haben. Andererseits aber wird England mit ihnen gewiß gern auf freundschaftlichem Fuße bleiben, aber zu diesem Zwecke sicher nicht über ein bestimmtes von seinen Interessen dikirtes Maß von Nachgiebigkeit hinausgehen. Eine Allianz mit Frankreich aber hat für England nicht mehr den Wert, den sie früher besaß, auch hat die Erfahrung gelehrt, daß dabei nicht viel Vorteil für England abfällt, wohl aber Beeinträchtigungen dessen einzutreten pflegen, was dasselbe als ihm dienlich anzusehen hat. Die Sympathien der englischen Liberalen für Frankreich wiegen die rechtverstandenen Interessen des britischen Reiches nicht auf, und diese weisen ganz entschieden auf Deutschland hin. Deutschland und das mit ihm verbündete Osterreich-Ungarn werden keine Einwendungen machen, wenn England, wie zu erwarten steht, billig und maßvoll sich in Ägypten solche Bürgschaften verschafft, wie sie es zum Schutze seiner Interessen dort für notwendig hält, und sie werden nicht glauben, daß die Wiederherstellung der gemeinschaftlichen Kontrolle ein Gebot der Billigkeit sei.

So wird die Pariser Deputirtenkammer, wenn sie wieder zusammentritt, von den Erklärungen der Regierung in Bezug auf die Stellung Frankreichs im Orient vermutlich nicht sehr erbaut sein. Man wird da erfahren, daß man

schließlich die Rechnung bei dem ägyptischen Geschäfte gern oder ungern zu bezahlen haben wird, und zwar deshalb, weil man isolirt ist und weil England nach seinen Erfolgen nicht daran denken wird, das französische Condominium in Ägypten, welches die Deputirtenkammer durch Verweigerung des Credits für die Absendung eines Kontingents selbst aufgegeben hat, zu erneuern. Es wird dazu erstens aus politischen Gründen nicht geneigt sein, weil es sich jetzt den Weg nach Indien gesichert hat und keine Einrede und Abschwächung dieses Erfolges dulden kann, zweitens aber aus finanziellen Rücksichten nicht, weil die Wiederkehr der gemeinsamen Kontrolle, die in ärgste Bedrückung und Auszaugung des mit ihr belasteten Landes ausartete, mit dessen vollständigem wirtschaftlichen Ruin gleichbedeutend sein würde. Schon jetzt scheinen die Franzosen sich darüber klar geworden zu sein, daß sie sich betreffs der ägyptischen Frage zu sehr auf die Großmut ihrer Nachbarn über dem Armeekanal verlassen haben. Aber wenn sie dem Gange der Ereignisse am Nil und den Urteilen der konservativen Presse Englands mit unruhigen Blicken folgen und eine Festsetzung Englands in Ägypten befürchten, so scheuen sie in gleichem Grade eine schroffe Betonung des französischen Standpunktes von Seiten ihrer Regierung, von dem aus ein englisches Protektorat über den Chebive oder etwas dem ähnliches nicht zulässig erscheint. Das Ministerium Duclerc befindet sich daher in Verlegenheit. Es ist sich bewußt, daß in Ägypten wichtige materielle Interessen und zu gleicher Zeit das überlieferte Vorwiegen Frankreichs gewahrt werden sollten. Aber das jetzige Kabinet des Präsidenten Grevy kann andererseits seinen Ursprung nicht verleugnen. Er kam in sein Amt nach dem Sturze Freycinets, der zurücktrat, weil die Abgeordneten ihm den obengenannten Kredit verweigerten, eine Weigerung, die wieder aus allgemeiner Abneigung der Kammer vor „Abenteuern,“ vor unberechenbaren Unternehmungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und aus dem Argwohn entsprang, sobald Frankreich in Ägypten ernstlich engagirt wäre und sich dort mit England entzweite, werde Deutschland über die Republik herfallen, um düstere Pläne des Fürsten Bismarck auszuführen — ein Argwohn, der in das Kapitel des politischen Aberglaubens gehört, aber nun einmal nicht auszurotten ist. Die Franzosen sind eben über die Natur und die Interessen ihrer Nachbarn östlich von den Vogesen wie immer schlecht unterrichtet und beurteilen so die Deutschen nach sich selber: wir müssen denselben Drang, den Allerweltsvormund und womöglich den Hegemon zu spielen, in uns fühlen, den Frankreich in allen Gestalten, als Königreich, als Kaisertum und als Republik gehabt hat. Daß der deutsche Reichskanzler in Übereinstimmung mit der ungeheuern Mehrzahl der Nation sich gehütet hat, dieses Erbe Napoleons des Dritten anzutreten, daß er einzig und allein sich bestrebt hat, den Frieden zu erhalten, geht, so deutlich es auch auf der Hand liegt, in keinen richtigen französischen Kopf, und hinc illae lacrimae. Die Folge ist, daß man in der Furcht, Deutschland wünsche und erstrebe die Veruneinigung

Englands und Frankreichs, der Meinung ist, die Regierung dürfe den englischen Plänen in Ägypten auf keine Weise in den Weg treten.

So hat denn das ungerechte, aber unausrottbare Mißtrauen gegen Deutschland die Republik vor schwere Bedrohung ihrer Interessen gestellt. Gambetta aber benutzt den Mißmut, welcher darüber in den politischen Kreisen des Volkes herrscht, um sich, der eine Beteiligung an der ägyptischen Expedition gewollt, als Wächter und Vorkämpfer der Interessen Frankreichs zu empfehlen. Wäre man ihm gefolgt — so läßt er unter lautem Wirbeln der von ihm gestimmten journalistischen Reklametrommeln allen, die es hören wollen, Tag für Tag verkündigen —, so brauche man jetzt England nicht zu beneiden; denn dann würde man mit ihm teilen. Natürlich steigert das die Verstimmung der großen Menge, und so kann es sich begeben, daß das ärgerliche Bewußtsein der Franzosen, in der ägyptischen Affäre nicht auf der Höhe der Situation gewesen zu sein und infolge dessen Einbuße erlitten zu haben, sich über kurz oder lang zu einer abermaligen Ministerkrise zuspitzt. Gambetta steuert offenbar auf eine solche hin, da er Ducleres Platz zu erben hofft. Er scheint der Meinung zu sein, daß die Nation, wenn es zu Neuwahlen kommen sollte, die von ihm als der Ehre und dem Interesse Frankreichs feindlich denunzierte liberale Kammermehrheit fallen lassen und nur oder doch weitüberwiegend Kandidaten des gambettistischen Lagers wählen werde. Auch innere Fragen müssen ihm bei seinen Manövern dienen. Auch die Unfruchtbarkeit der letzten Kammeressionen und die scheinbare Unmöglichkeit, daß eine gegen ihn auftretende Ministerkombination sich lange am Ruder erhalte, scheinen ihm die Hoffnung zu erwecken, daß das Land und der Präsident ihn wieder an die Spitze der Geschäfte rufen werden. Das ist indeß gegenwärtig noch nicht wahrscheinlich. Denn nach Berichten aus Paris ist Grevy entschlossen, im Falle eines Sturzes Ducleres eher jeden andern Deputirten, neben Brisson und Freyinet selbst den radikalen Clemenceau, zum Minister zu machen, als den abenteuerlichen Juden aus der Provence, und dieser Entschluß ist sehr glaublich, da eine neue Ministerpräsidentschaft dieses ehrsüchtigen und fanatischen Ränkeschmiedes die eigne Abdankung Grevys zu bedeuten haben würde, und da dieser zwar nicht die Macht, wohl aber sein Vaterland zu sehr liebt, um zum Eintritt einer solchen Eventualität beizutragen. Auch das französische Volk wird sich unter gewöhnlichen Verhältnissen wohl nicht sobald geneigt zeigen, sich von Gambetta regieren zu lassen. Die Tage der Begeisterung für ihn und seine Pläne sind in weiten Kreisen vorüber, und es ist keine Aussicht, daß sie rasch wiederkehren werden. Die Notwendigkeit einer starken und rücksichtslosen Hand allein könnte etwas der Art wieder aufleben lassen. Natürlich läßt der geriebene und in allen Sätteln gerechte Agitator kein Mittel, das Erfolg verheißt, unversucht. Er kann auf eine gute Anzahl wohlgedressirter, ihm ergebener Zeitungsredaktionen, auf eine Reihe von Abgeordneten und auf seine oratorische Begabung rechnen. Wahrscheinlich wird er nächstens mit dieser Waffe eine Kund-

reise durch die Provinzen unternehmen. Genug, er sehnt sich nach neuen Deputirtenwahlen, er läßt den prophetischen Ausspruch herumtragen, im Januar werde die Frage des Listenskrutiniums gelöst sein und zwar zu dessen Gunsten, in Paris empfehlen seine Blätter, in der Provinz seine politischen Freunde aus der Kammer nach Kräften diese Änderung des Wahlverfahrens und erklären, die Auflösung der jetzigen Volksvertretung sei ganz unumgänglich und stehe nahe bevor.

Im französischen Parlamente sind sonach demnächst harte Kämpfe zu erwarten. Schon wird von hervorragenden liberalen Politikern aus den Provinzen in Paris die Lage gemeinschaftlich besprochen, und es hat sich dabei ergeben, daß die Stimmung gegen Gambetta unter den Kammermitgliedern sich nicht in eine ihm günstigere verwandelt hat. Aber wenn wir nun auch vermuten dürfen, daß die Gegner des Exministers, gleichviel, welcher Fraktion sie angehören mögen, im Parlament zusammenhalten werden, so ist doch nicht recht zu sagen, wie es der Koalition möglich sein wird, gesetzgeberisch fruchtbar zu sein. Freycinet wenigstens konnte nur dadurch Reibung und Auseinanderfall der Liberalen und Radikalen vermeiden, daß er die wichtigere legislatorische Arbeit hinaus-schob. Er meinte, sich so lange mit Laviren hinhelfen zu können, bis er sich genügend befestigt habe, um die Anhänger Gambettas zu sich herüberziehen und eine gemäßigte Majorität bilden zu können. Die ägyptische Sache hat diesen Plan vereitelt, und heute läßt er sich nicht wohl weiter verfolgen, da nur noch wenige unwichtige Arbeiten von der Kammer zu erledigen sind und dann die bedeutendern, aber auch gefährlicheren vorgenommen werden müssen. Kommen z. B. Fragen über die Stellung des Staates zur Kirche oder über die Umgestaltung der Magistratur zur Sprache, so zergeht die liberale Vereinigung sofort in zwei Teile. Man hat also unter den Republikanern drei Fraktionen: Gambettisten, Gemäßigte und Radikale. In gewissen Fällen können die beiden ersten, in andern die beiden letzten sich mit einander verständigen. Das Zusammengehen der Gambettisten mit den Gemäßigten findet ein Hindernis an den erstern, die schon jetzt unannehmbares fordern, weil sie Verwirrung hervorrufen und die Kammer zur Auflösung treiben wollen. Die Verständigung der Gemäßigten mit den Radikalen ist nur möglich, wenn es sich um Regiren handelt; sobald Positives erstrebt wird, muß sie an innerm Widerspruch scheitern, sie würde dann unfähig zum Schaffen sein und mit Versumpfung endigen.

Man darf deshalb noch nicht an der Lebensfähigkeit der Republik zweifeln, aber die nächste Zukunft derselben wird kaum erfreuliches bieten. Es sieht aus, als ob ihr in der neuen Session nur die Wahl gelassen wäre zwischen Verwirrung und Versumpfung. Jene wird eintreten, wenn den Gambettisten ihr Ansturm gegen die jetzige Deputirtenkammer glückt, diese, wenn er mißlingt. Bei den Gemäßigten liegt die Entscheidung. Sie haben die dringende Pflicht, zusammenzuhalten und darnach zu streben, daß sich endlich für die politische

Entwicklung des Landes und zur gedeihlichen Entscheidung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen ein fester Mittelpunkt bilde. Die Gambettasche Clique mit ihrer Streberei würde dagegen nicht viel vermögen, im Gegenteil mit der Zeit immermehr Boden verlieren. Wünschen wir das unsern westlichen Nachbarn; wir wünschen es damit auch uns, denn wir werden dann an ihnen auch gute Nachbarn haben.



Die Erziehung der deutschen Jugend zur Wehrhaftigkeit.



Die größte politische und militärische Niederlage, welche Frankreich je erlitten, hat im ganzen Lande ein Gefühl ungebändigten Hasses gegen die glücklichen Sieger hervorgerufen, der durch das verflossene Dezennium kaum abgekühlt ist. Man möge den vielleicht unparlamentarischen Ausdruck verzeihen, der aber doch die Thatsache nur korrekt bezeichnet, wie sich aus allen Maßnahmen der Regierung und aus dem Verhalten eines großen Teiles der Presse zur Genüge ersehen läßt. Wie im Jahre 1866 der unglückliche Schulmeister von Sadowa die kriegerischen Erfolge der Preußen zu verantworten hatte, so sollte es 1870 lediglich die allgemeine Wehrpflicht und die Organisation der deutschen Heere sein, welche ihnen den Sieg verschafft hatten. Gewiß kann der Deutsche stolz sein auf die Errungenschaft der allgemeinen Wehrpflicht, welche die Verteidigung des Vaterlandes in die Hände der besten seiner Bürger gelegt und den sittlichen Stand der Armee damit weit über das Niveau der frühern Söldnerheere erhoben hat, wie er auch mit Genugthuung auf die innere Gliederung des Heeres blickt, dessen gewaltig massiver und dabei doch leicht lenkbarer und beweglicher Bau seine Probe auf blutigem Blachfeld mit Ehre bestanden hat. Wir verdanken es deshalb auch unsern westlichen Nachbarn nicht, wenn sie in dem Bestreben, sich für die unausbleibliche Revanche würdig vorzubereiten, die Einrichtungen des deutschen Heeres von der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bis zur Einteilung in schon während des Friedens bestehende gleich starke Kadres und einer großen Zahl andrer mehr oder weniger bedeutungsvollen Bestimmungen in der noch immer nicht vollendeten Heeresorganisation äußerlich vollkommen nachgebildet haben. Möge man aber im eigenen Interesse jenseits des Rheines niemals vergessen, daß die allgemeine Wehrpflicht erst Leben und Wirksamkeit erhält durch den Geist des Volkes, von dem sie getragen wird, und daß eine Armee nicht allein durch die geschickte Art ihrer Gliederung zu Thaten hingegriffen und begeistert wird, sondern daß erst der durch angestrengte und sorgsame